



**CH-3003 Bern, BSV**

Politische Direktion  
Frau Heidi Grau  
Bundesgasse 32, 3003 Bern  
per E-Mail an: [heidi.grau@eda.admin.ch](mailto:heidi.grau@eda.admin.ch)

Bundesamt für Justiz  
Herr Martin Dumermuth  
Bundesrain 20, 3003 Bern  
per E-Mail an: [martin.dumermuth@bj.admin.ch](mailto:martin.dumermuth@bj.admin.ch)

Ihr Zeichen: 815.81-10-2/06/08-PASJO  
Ihr Schreiben vom 3. Februar 2017  
Unser Zeichen: 726.1-20474 24.03.2017 Doknr: 104  
Sachbearbeiter/in Nom  
**Bern, 31. März 2017**

**UPR, Vernehmlassung zum 3. Bericht der Schweiz: Stellungnahme und Kommentare der EKKJ**

Sehr geehrte Frau Grau, sehr geehrter Herr Dumermuth,  
sehr geehrte Damen und Herren

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) dankt Ihnen für den Einbezug in die Vernehmlassung zum Entwurf des dritten Berichts der Schweiz im Rahmen der allgemeinen regelmässigen Überprüfung des Menschenrechtsrats. Wir danken Ihnen ebenfalls für die Einladung zum Austauschtreffen vom 23. März 2017. Leider konnte die EKKJ aus terminlichen Gründen nicht daran teilnehmen.

Gerne lassen wir Ihnen hiermit die Stellungnahme der EKKJ zukommen. Gemäss ihrem Mandat konzentriert sich die EKKJ dabei auf die für Kinder und Jugendliche besonders relevanten Empfehlungen. Wir erlauben uns, die Empfehlung auf Französisch und die Kommentare der Kommission entweder auf Deutsch oder Französisch zu verfassen.

**Chapitre 2 : Cadre normatif et institutionnel**

**123.4.** Troisième Protocole Additionnel à la Convention relative aux droits de l'enfant établissant une procédure de présentation de communications.

Die EKKJ weist darauf hin, dass dieses Protokoll vom Parlament in der Wintersession 2016 angenommen wurde. Die EKKJ ist gerne bereit, Bemühungen des Bundes für eine wirksame Umsetzung des 3. Zusatzprotokolls zu unterstützen.

**123.18. 123.19. 123.20. 123.21 123.22.** Développer le Centre Suisse de Compétence sur les Droits humains (CSDH) en Institution nationale des droits de l'homme (INDH) en conformité avec les Principes de Paris et **123.17.** Continuer à développer l'infrastructure institutionnelle des droits de l'homme, en particulier en nommant un ombudsman.

Die geplante Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) muss noch einige Hürden bis zur Realisierung nehmen. Für die EKKJ stellt das angekündigte Vorprojekt eine Minimallösung dar, insbesondere was das Budget betrifft.

Auch ist aktuell keine Beschwerdestelle, die für vulnerable Personen, z.B. Kinder, direkt zugänglich ist, vorgesehen. Diese Aufgabe kann von einem universitären Zentrum nicht erfüllt werden. Keine der im vorliegenden Berichtsentwurf genannten heute existierenden Institutionen, die Kindern angeblich einen direkten und kindgerechten Zugang zum Recht gewähren, erfüllt die Pariser Prinzipien: Sie sind mehrheitlich nicht kinderfreundlich, haben kein Mandat im Bereich Kinderrechte und sind oft monothematisch. Zudem gibt es die erwähnten Anlaufstellen nicht in der ganzen Schweiz. In den Pariser Prinzipien ist eine Beschwerdestelle optional. Damit eine NMRI ihre Aufgaben im Bereich der Kinderrechte vollumfänglich wahrnehmen kann, wäre eine Beschwerdestelle wichtig, zu der Kinder einen direkten Zugang haben; darauf hat der UN-Kinderrechtsausschuss die Schweiz wiederholt hingewiesen.

### **Chapitre 3 : Promotion et protection des droits de l'homme**

#### **A. Egalité, non-discrimination et sujets de droits spécifiques**

##### **1. Genre**

**122.35. 122.36. 122.37.** Poursuivre les efforts, y compris en prenant des nouvelles mesures, pour combattre la violence domestique **123.70.** Spécifier les critères qui s'appliquent à la considération de la violence lors de l'extension de permis de résidence à des victimes de violence domestique. **123.71.** Assurer que les victimes de violence domestique ont accès à un soutien et une protection immédiate ; réviser la législation sur les permis de résidence dans ce contexte.

Die EKKJ weist darauf hin, dass Kinder als Mitbetroffene von Partnerschaftsgewalt auch Opfer sind und noch zu wenig berücksichtigt werden. Die Angebote, die sich direkt an Kinder richten, sind noch ungenügend, dies sowohl in der Prävention wie auch in der Intervention und Nachsorge. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist in gewissen Kantonen prekär, was sich auch negativ auf den Schutz von betroffenen Kindern auswirkt.

Die erwähnten angestrebten Gesetzesänderungen (ZGB und StGB) sollten aufgezählt werden.

##### **2. Enfants**

**122.43.** Adapter le Code pénal afin que la prostitution d'enfants entre 16 et 18 ans soit interdite.

Diese Gesetzesänderung ging mit der Ratifikation der Lanzarote-Konvention einher.

**122.44.** Augmenter les efforts d'information et sensibilisation publique sur les effets négatifs des châtiments corporels à l'encontre des enfants.

Die Aussage im Berichtsentwurf, gemäss welcher in der Schweiz Körperstrafen allgemein verurteilt würden, entbehrt jeglicher Grundlage: Die letzte wissenschaftliche Studie zum Einsatz von Körperstrafen in der Erziehung in der Schweiz datiert von 2004 (Schöbi/Perez, Universität Freiburg) und zeigt, dass Körperstrafen damals sehr verbreitet und auch akzeptiert waren. Eine Isopublic-Umfrage von 2007 sowie Debatten in Social Media und Printmedien jüngerer Datums, lassen die EKKJ darauf

schliessen, dass die Haltung, eine Ohrfeige hätte noch nie geschadet, leider noch verbreitet ist. In der Isopublic-Umfrage haben 60% der Eltern den Einsatz von Körperstrafen als Erziehungsmittel befürwortet. Eine neue Studie von Kinderschutz Schweiz soll im Herbst 2017 aktuelle Daten zum Bestrafungsverhalten und zu Erziehungshaltungen in der Schweiz liefern.

Die EKKJ sieht ein Problem darin, dass die heutige rechtliche Situation zu wenig eindeutig ist in Bezug auf das Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung. Auch wenn verschiedene Gerichtsurteile jüngeren Datums Gewalt in der Erziehung immer klarer als unrechtmässig beurteilen, fehlt eine eindeutige Botschaft, an der sich sowohl Fachleute wie auch Eltern orientieren könnten. Die schweizerische Gesetzgebung regelt die Frage in sehr komplexer Art und Weise in verschiedenen Artikeln von ZGB und StGB, sowie in kantonalen Gesetzen und Verordnungen oder gar in Schulreglementen, wenn es um ein Verbot von Gewalt in Institutionen und Schulen geht. Dies erschwert die Kommunikation einer klaren Haltung erheblich. Die EKKJ ist dezidiert der Meinung, dass noch Handlungsbedarf im Hinblick auf eine klare Formulierung, die für alle verständlich ist, besteht. Internationale Studien (z.B. Bussmann et al 2008) zeigen, dass es beides braucht: Sowohl klare gesetzliche Regeln wie auch Kampagnen in Verbindung mit Hilfsangeboten, um einen effektiven Werte- und Verhaltenswandel herbeizuführen. Schliesslich müssen wir feststellen, dass weder der Bundesrat noch die Kantonsregierungen sich jemals gegenüber der breiten Öffentlichkeit explizit gegen die Anwendung aller Formen von Gewalt in der Erziehung geäussert haben. Kampagnen von privaten Organisationen zu unterstützen ist gut, genügt aber in dieser Hinsicht nicht.

Die im Berichtsentwurf genannten Angebote wie Beratungsstellen oder Elternbildung sind freiwillige Angebote, d.h. Eltern, die sich Fragen zur Erziehung stellen, nutzen sie bei Bedarf und wenn sie sie kennen. Eltern, die sich in ihrer Erziehungshaltung im Recht wähnen, werden diese Stellen kaum aufsuchen. Hinzu kommt, dass das Angebot von Kanton zu Kanton unterschiedlich ist. Die Informationsplattform Kinder- und Jugendpolitik Schweiz des BSV ist ein Schritt in die richtige Richtung und könnte im UPR-Bericht in diesem Zusammenhang genannt werden. Die Plattform ist jedoch noch im Aufbau und vor allem für Fachpersonen ausgelegt.

Die EKKJ fordert die zuständigen Stellen auf, die Antworten auf diese Empfehlungen aufgrund dieser Bemerkungen zu überarbeiten.

**122.46.** Renforcer les politiques publiques afin que les enfants issus de milieux défavorisés et d'origine étrangère bénéficient de la meilleure éducation possible.

La CFEJ signale que le travail social en milieu scolaire s'est développé ces dernières années en Suisse. Par ce biais, les enfants scolarisés ont accès à un travail social préventif. Le travail social en milieu scolaire offre aussi une porte d'entrée pour détecter et intervenir lors de situations sociales problématiques qui concernent notamment des enfants étrangers. Malheureusement, le travail social en milieu scolaire n'est pas encore mis en place de manière systématique dans toutes les écoles et à tous les cycles scolaires.

Im Bereich Bildung und Migration ist die Volksschule wie im Berichtsentwurf festgehalten, gut unterwegs, dies freut auch die EKKJ. Grosse Herausforderungen stellen sich jedoch für die langfristige berufliche Integration von Kindern, die spät in die Schweiz migriert sind, das heisst mit 16 Jahren oder älter. Diese werden nicht mehr in die Regelschule integriert, weil sie zu alt sind. Oft weisen sie jedoch erhebliche Bildungslücken auf, die sich nachhaltig negativ auf eine berufliche Integration auswirken. Für Jugendliche dieser Altersgruppe, insbesondere diejenigen, die sich im Asylverfahren befinden, fehlen an den meisten Orten Tagesstrukturen (Aufnahmeklassen, sozialpädagogische Angebote, Brückenangebote, etc.). Bei dieser Gruppe ist das Risiko, dass sie den Anschluss nicht finden, besonders hoch, viele dieser Jugendlichen werden aber in der Schweiz bleiben. Die Bemühungen der Kommission « Bildung und Migration » der EDK müssen für die Zielgruppe 16+ fortgesetzt werden. Die EKKJ fordert die zuständigen Stellen auf, den UPR-Bericht zur Empfehlung 122.46 entsprechend zu vervollständigen (u.a. Nennung des vorgesehenen nationalen Programms ab 2018, das unter 123.55

erwähnt ist). Nur so kann glaubwürdig aufgezeigt werden, wie die Schweiz ihr Ziel, dass 95% der 25-Jährigen über einen Sek-II-Abschluss verfügen, weiterverfolgt.

**123.82.** Continuer les programmes publics de prévention du suicide ou de l'usage de la drogue auprès des enfants et des jeunes.

Die EKKJ schätzt das Engagement und die Leistungen von Pro Juventute und anderen privaten Akteuren. Doch ist die Prävention eine Aufgabe, die vollumfänglich vom Staat garantiert werden müsste. Die Rolle des Staates im nationalen Aktionsplan Suizidprävention sollte erläutert werden.

#### **4. Personnes handicapées**

Au sujet des mesures destinées aux enfants et aux jeunes dans le projet de „Développement continu de l'assurance-invalidité“, la CFEJ souligne l'importance de disposer de moyens financiers suffisants pour mettre en œuvre les mesures positives qui sont prévues dans cette réforme.

#### **5. Personnes migrantes**

**123.55.** Prendre des mesures afin de diminuer le chômage des migrants, en particulier les femmes et les jeunes

Au sujet du programme-pilote en vue d'améliorer l'intégration des jeunes réfugiés et personne admises à titre provisoire, la CFEJ souligne que la coordination des mesures d'intégration professionnelle entre le chômage et l'aide sociale doit être améliorée. (Voir aussi nos remarques sous 122.46 plus haut).

### **B Droit à la vie, interdiction de l'esclavage et de la torture**

#### **1. Lutte contre la traite des êtres humains et l'exploitation sexuelle**

**122.27. 122.30 122.31 123.68 122.32 122.34** Augmenter les moyens financiers et développer les efforts tels qu'une stratégie ou un plan pour la prévention et la lutte contre la traite d'êtres humains. **122.29** Protéger les victimes et poursuivre les responsables des crimes. **122.33.** Augmenter les efforts de sensibilisation au thème de l'exploitation sexuelle d'êtres humains. **123.67.** Adopter et promouvoir une législation qui donne aux cantons un rôle de soutien aux victimes. **123.66.** Allouer des ressources additionnelles aux services compétents de tous les cantons pour la protection des victimes. **123.67** Adopter et promouvoir une législation qui donne aux cantons un rôle de soutien aux victimes.

Der nationale Aktionsplan gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel 2017-20 wurde noch nicht offiziell kommuniziert (Stand 29.3.17), dies muss dringend erfolgen, damit die Akteure die Massnahmen umsetzen können.

In Bezug auf die Empfehlung 122.33 verweist der Berichtsentwurf auf die Unterstützung des Verhaltenskodex für die Tourismusindustrie („The Code of Conduct for the Protection of Children from Sexual Exploitation in Travel and Tourism“) durch das Seco. Diese Unterstützung wurde 2016 beendet.

#### **Zu Fussnote 47 des Berichtsentwurfs :**

Ende 2015 wurde die Finanzierung von ECPAT eingestellt, begründet durch einen Strategiewechsel beim Seco (diese Unterstützung betraf eine Kampagne zur Sensibilisierung für sexuelle Ausbeutung von Kindern im Tourismus). Das BSV hat bis Ende 2012 andere Aktivitäten von ECPAT unterstützt. Die Sensibilisierung der Tourismus-Industrie läuft über NGOs (ECPAT Schweiz, FairUnterwegs). Diese Fussnote muss also dringend aktualisiert werden. Hier wurden die Aktivitäten des Bundes beendet, ohne sichtbare Nachfolgestrategie und geklärte Zuständigkeiten.

Im Bericht des Bundes muss die ganze Antwort zu 122.33 aktualisiert werden.

## D. Droit de chercher asile

Die erwähnten „Garanties procédurales“ sollten auch für Minderjährige gelten, die in der Regel "nur" eine Vertrauensperson haben.

## F. Participation à la vie politique et droit de vote

La CFEJ note que des mesures d'encouragement à la participation politique des jeunes ont été prises (soutien financier de projets comme Easyvote, la Session fédérale des jeunes ou la Fédération suisse des parlements de jeunes, etc.), mais une stratégie globale fait encore défaut.

**122.45.** Renforcer les mesures prises dans le cadre de la Stratégie nationale de lutte contre la pauvreté.

Die EKKJ weist darauf hin, dass das Nationale Programm gegen Armut 2018 endet. Ein nationales Monitoring (insbesondere auch zur Armut von Kindern und deren Konsequenzen) ist zu implementieren und die Weiterführung von Massnahmen, mit Fokus auf Familien, Kinder und Jugendliche, ist zu prüfen.

## I. Droits de l'homme et secteur privé

La CFEJ remarque que l'initiative populaire fédérale « Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement » n'est pas mentionnée sous ce point. Bien que le Conseil fédéral propose le rejet de cette initiative, on pourrait mentionner le but de l'initiative et les arguments qui sous-tendent l'avis négatif du Conseil fédéral.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse an unserer Stellungnahme und hoffen, dass unsere Bemerkungen und Präzisierungen Berücksichtigung finden. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

### Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ



Sami Kanaan  
Präsident



Marion Nolde  
Co-Leiterin des Sekretariats